

Populismus und politische Repräsentation

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Matthias Ecke, Max Reinhardt, Thilo Scholle und Stefan Stache



Foto: © Björn Wylezich - fotolia.com

In den letzten Jahren ist die Debatte um Linkspopulismus zunehmend in den Mittelpunkt linker Strategiedebatten gerückt. Die neue Aufmerksamkeit für die theoretische Ansätze Ernesto Laclaus und der durch sie inspirierten politischen Strategien stehen mit mehreren Entwicklungen im Zusammenhang.

- Die Rückkehr der im Grunde nie gelösten sozialen Frage und der durch die Hegemonie neoliberaler Politik zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich national und international.
- Die seit Jahrzehnten zunehmenden demokratischen Teilhabeerwartungen von Frauen und Männern.
- Die Krise der Sozialdemokratie durch ihre autoritär-neoliberale Politik und die unerfüllte politische Repräsentation der Teilhabeerwartungen.
- Die Mobilisierungserfolge der aus Protestbewegungen hervorgegangenen neuen Parteien wie Podemos und Syriza, aber auch die Dynamik der Kampagnen Bernie Sanders' und Jeremy Corbyns.
- Und schließlich haben die Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Kampagnen und Parteien der Debatte Auftrieb gegeben, zumal die AfD bei den Landtagswahlen im März und im September mehr als 20 Prozent der Stimmen erreichte

und vergleichsweise viele Nichtwählerinnen mobilisieren konnte.

„Klassischen“ linken Parteien – Sozialdemokraten genauso wie Linkssozialisten oder je nach Land auch Kommunisten – gelingt es seit Jahren immer weniger, Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Die Diskussion um Linkspopulismus ist daher vor allem eine Frage danach, wie die Linke angesichts der zunehmenden Krise der politischen Repräsentation parlamentarische Mehrheiten erreichen kann.

Linkspopulismus als Chiffre stärkerer Politisierung

Gerade im Umfeld ehemaliger kommunistischer Parteien entstand in den letzten Jahren eine Debatte über „Linkspopulismus“ als neue politische Strategie. Die Beispiele für erfolgreichen Populismus in der Politik in Europa zeigen aber schon, wie ambivalent dieses Konzept ist. Reicht es doch von Syriza in Griechenland über die 5-Sterne-Bewegung in Italien bis hin zu Podemos. Auch wenn bei der 5-Sterne-Bewegung mittlerweile offensichtlich ist, dass sie mit progressiven Bewegungen wenig zu tun hat, scheint ein Teil ihrer Anhänger das nach wie vor zu glauben.

Einig ist allen linkspopulistischen Ansätzen im Anschluss an Laclau und Mouffe die Herstellung von Antagonismen in der Politik. Nun ist dies sicherlich in Zeiten des immerwährenden TINA-Prinzips zunächst ein richtiger Ansatz: Gegensätze benennen, gesellschaftliche Auseinandersetzungen politisieren. Problematisch ist dabei allerdings, mit welchen Mitteln diese Antagonisierung erfolgen soll: nämlich nicht nach einem soziostrukturellen, sondern institutionenbezogenen „Ihr da oben – wir hier unten“. Dann geht es nicht um Arbeit vs. Kapital, sondern um „wir hier unten gegen die Gewerkschaftsbonden“ oder schlimmeres. Letztlich geht es damit nicht um ein Infragestellen ökonomischer Strukturen, sondern um ein Infragestellen

bisheriger Wege der politischen Demokratie im Land. In der bisherigen Praxis ist es meist dann doch auf einen simplen Austausch politischer Eliten hinausgelaufen, wie das Beispiel Griechenland zeigt, oder auf eine zunehmend autoritärer werdende Parteistruktur. Gerade das Beispiel Spanien zeigt, dass die linkspopulistischen Ansätze bislang jedenfalls ohne einen auch populären Parteiführer nicht auszukommen scheinen – mit der fatalen Wirkung, dass dieser allein sowohl die Bewegung „verkörpert“ wie auch dominiert.

Gefährlich ist auch die Reduktion komplexer politischer Fragen auf einfache „Ja-Nein-Schemata“, deren jeweilige unterschiedliche Beantwortung dann direkt zur Abwertung des Gegenübers führen kann.

Letztlich ist es nachvollziehbar, dass Linkspopulismus als Chiffre für eine stärkere Politisierung und durchaus auch stärkerer Kultur der Auseinandersetzung und klaren politischen Abgrenzung dient.

Das Gegenstück zum Populismus sollte daher nicht als immerwährendes Streben nach Konsens selbst zwischen kaum miteinander zu vereinbarenden Positionen verstanden werden. Aber es sollte die Notwendigkeit politischer Popularisierung mit der Komplexität von Gesellschaft und mit einer ernsthaften Rückbindung auch an politische Strukturen zusammen denken.

Entstehung des historischen Populismus

Aktuellen Debatten um einen linken Populismus blenden häufig die historische Dimension des Populismus aus, wie sie z.B. bereits 2012 in der Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ geführt und analysiert wurde. Ein historisches Bewusstsein über Populismus ist jedoch wichtig, um seine Entstehungsbedingungen, zentralen Diskurse und Vorstellungen der Repräsentation besser verstehen und politisch einordnen zu können.

Populismus entsteht wie Faschismus „in Momenten der Krise“, so Diehl/Cavazzo 2012 in ihrer Einleitung, und zwar insbesondere als Folge „der mangelnden politischen Repräsentation des Volkes“. Die Rettung des Volkes soll mit Hilfe „eines charismatischen Führers“ erfolgen.¹

Im Rechtspopulismus ist jedoch die Volksnähe stärker ausgeprägt als im Faschismus. Rechtspopulistische Führer geben sich volksnäher, auch wenn sich vor allem Mussolini, aber auch Hitler, als „Mann aus dem Volk“ bzw. volksidentitär inszenierten.² Rechtspopulismus ist auch sprachlich volksnah und nach Reisingl (2012) gekennzeichnet durch

- eine Freund-Feind-Dichotomie,
- eine vereinfachende, hypostastierende und personalisierende, den Gegner abwertenden Sprache,
- den Tabubruch „von unten“,
- die „Froschperspektive“,
- die politische Repräsentation aus dem Volk für das Volk,
- „das Prinzip der pathetischen Dramatisierung und Emotionalisierung,
- das Prinzip der Wiederholung,
- das Prinzip der kalkulierten Ambivalenz
- und das Prinzip der Erklärungs- bzw. Befreiungsverheißung.“³

Der historische Populismus Anfang des 20. Jahrhunderts (vor allem der 1920/30er Jahre) blieb, so Karin Priester (2012), in Italien und Deutschland, anders als der stärker klassenübergreifende Faschismus, „auf ein heterogenes, aber insgesamt ‚populares‘ (klein- und bildungsbürgerliches) Milieu begrenzt.“⁴ Und doch nimmt der Populismus für sich in Anspruch, das ganze Volk zu vertreten. Er kaschierte damit seine einseitige klassengebundene Repräsentation z.B. zu Gunsten des Mittelstandes und in Abgrenzung zur sozialdemokratischen Arbeiter- und Handwerkerbewegung.⁵

Den historischen Populisten gemeinsam sind ihre „programmatisch wenig ausformulierten Zielvorstellungen (...) einer egalitären, sozial durchlässigen Mittelklassengesellschaft“, in Italien in Form eines nicht eingelösten „Korporativismus“ „zur Überwindung des Klassenkampfes und zu einem ‚dritten Weg‘ jenseits von Staat und Markt“. In Deutschland waren dies volksgemeinschaftliche Vorstellungen „teilweise in widersprüchliche Koexistenz mit individualistischer Aufstiegsorientierung“ und „gemeinschaftsorientierte(n) Ziele(n)“ selbstorganisierter Produzenten.“⁶

Der Populismus hat, wie Karin Priester ausführte, eine reaktionäre, konservativ-nationalistische, antisemitische (heute vor allem antiislamische) Tradition. Dies zeigen seine Modernitätskritik ebenso wie sein Sozialpopulismus im Hinblick auf die Forderung nach einer sozialen Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Der populistische „Protest beruht auf einer Anti-Haltung, die sich per se weder gegen die Demokratie noch gegen den Kapitalismus richtet, sondern gegen das, was Popu-

1 Paula Diehl/Stefano Cavazzo 2012: Einleitung, In: Totalitarismus und Demokratie 9/2012, 203.

2 Martin Reisingl 2012: Rechtspopulistische und faschistische Rhetorik. Ein Vergleich, In: Totalitarismus und Demokratie 9/2012, 316 f.

3 ebd., S. 316.

4 Karin Priester 2012: Populismus und Faschismus in Europa – Wahlverwandtschaft oder Mesalliance?, In: Totalitarismus und Demokratie 9/2012, 217.

5 Zum klassengebundenen Standpunkt (Mittelstandsvertretung) des Populismus siehe z.B. Reisingl 2012, S. 315, zur populistischen Strapaese in Italien und ihre politische Repräsentation der Mittelschichten sowie „Arbeiter in Kleinbetrieben ohne gewerkschaftliche Bindungen“ siehe zu Beispiel Priester 2012, S. 217.

6 Priester 2012, S. 215.

listen als Ineffizienz, Verengung, Abschottung oder, psychologisch, als Anmaßung und Arroganz der Eliten wahrnehmen.“⁷ Seine Tarnung als volksnah lässt den Populismus demokratisch erscheinen. Durch seine Bündnisse mit dem zeitgenössischen Faschismus und seine teils auch faschistischen Anleihen, wie z.B. bei FPÖ oder Pegida, trägt er zunehmend zur Erosion der Demokratie bei.⁸

Das historische Bewusstsein für den Populismus weist auf die Gefahren populistischer Politiken hin. Die Krise politischer Repräsentation, die der Populismus für sich nutzt, braucht Antworten von links für eine Demokratie im Sinne des Wortes: Herrschaft des Volkes (lat. *populus*).

Populare Demokratie und autoritärer Populismus

Im Kern drehen sich die aktuellen Debatten um die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen die Sozialdemokratie bzw. die linken Parteien durch welche Diskurse und politische Praxen repräsentieren sollen. Diese Frage ist eng damit verknüpft, dass weniger privilegierte und unterprivilegierte Milieus sich kaum noch an Wahlen beteiligen und auch von der Partei Die Linke nicht erreicht werden.

Grob zusammengefasst lassen sich vier Gruppen von Positionen ausmachen: Die erste grenzt sich scharf vom Populismus von links und rechts ab. Sie kritisiert die Gefahren für die pluralistische Demokratie durch die einfache Gegenüberstellung von oben und unten sowie die Mobilisierung von Affekten. In diesem Zusammenhang kritisieren sie auch den Deutungsrahmen von Nation und Vaterland, der teilweise von Podemos und Syriza herangezogen wurde. Ihre VertreterInnen betonen die aufklärerische Dimension progressiver Politik,

die sich von vereinfachenden und auf Affekte oder simple Antagonismen zielenden Anrufungen abgrenzen müsse.

Im Gegensatz hierzu stehen Positionen, die linkspopulistischen Strategien mehr oder weniger offen gegenüberstehen und sich teils sehr differenziert mit den Perspektiven der Theorien Laclaus, Mouffes für Strategie und Praxis linke Parteien und Bewegungen auseinandersetzen. Es geht ihnen u.a. darum, die prekarierten Schichten zu erreichen. Sie plädieren für ein Bündnis von Unten und Mitte. Ein Teil deutet die Austeritätspolitik der EU und die mit ihnen verbundenen Auflagen für Griechenland zu sozialen Kürzungen und den Abbau von Arbeitnehmerrechten als autoritären Etatismus (Poulantzas). Parteipolitisch sind sie besonders im Spektrum der Partei Die Linke vertreten.

Ein weiterer Debattenstrang nimmt nicht direkt auf Linkspopulismus Bezug, sondern befasst sich mit der Frage, mit welchen Diskursen, Erzählungen und solidarischen bzw. sozial-integrativen Politikprojekten die Linke mehrheitsfähig werden und die Repräsentationsprobleme linker Parteien überwunden werden können. Zumeist richten die Analysen und Vorschläge den Blick auf das Volk, z. T. auch auf die Arbeitnehmermitte, aber auch auf die solidarischen Teile des Bürgertums. Sie unterscheiden sich u.a. darin, welche sozialen Gruppen sie mit welchen Diskursen – z.B. zu Wohlfahrtsstaatlichkeit, Verteilung, demokratischer Teilhabe, Arbeits- und Zeitpolitik, Innovationen, Ökologie usw. – und Erzählungen politisch ansprechen wollen und wie die Vertrauenskrise der SPD gedeutet wird.

Diese Debatten sind auf unterschiedliche Weise in der SPD-Linken, Teilen der Linkspartei, in Teilen der Gewerkschaften und linken cross-over-Zusammenhängen verankert.

Im flügelübergreifenden, aber durch die Parteirechte dominierten, sozialdemokra-

7 ebd., S. 216.

8 Zum Beispiel der FPÖ siehe Reisingl 2012; zur AfD und zu Pegida siehe z.B. Max Reinhardt 2015: Autoritäre Milieus, autoritäre gesellschaftspolitische Lager und Parteipräferenzen im Wandel? Biedermann und die Brandstifter, In: spw 3/2015, S. 26–34.

tischen Mainstream bewegen sich Debatten, die sich auf die Mittelschicht beziehen, meist ohne diese Mitte nach unterschiedlichen Milieus zu differenzieren. Die Gründe für die Repräsentationskrise der SPD werden kaum mit Blick auf die Vertrauensverluste seit Beginn der 2000er Jahre diskutiert und deren negative Auswirkung für die Wählerbindung unterschätzt. Dadurch blendet diese Sichtweise aus, dass die SPD sich im Gefolge der Politik der „Neuen Mitte“ zunehmend auf die Milieus in eher gesicherten Verhältnissen verengt hat.

Um Diskurse, Erzählungen und Themen wird teils kontrovers debattiert, allerdings nicht mit einem grundlegenden Veränderungsanspruch, wie ihn z.B. die Strategie eines sozial-ökologischen Pfadwechsels skizziert.

Die Debatten zielen auf die moderne Arbeitnehmerschicht, teils auf die konservativen Arbeitnehmerschichten.

Linker Populismus gilt als verpönt. Gleichwohl macht ein Teil der Akteure, vor allem der Parteirechten, mehr oder minder deutliche Zugeständnisse an autoritär-ausgrenzende Einstellungen, um – so ihre Hoffnung – WählerInnen der AfD zurückzugewinnen.

Es fällt ins Auge, dass die Positionen und Debattenstränge auf die Repräsentation von teils unterschiedlichen sozialen Milieus abzielen und teilweise verschiedene gesellschaftliche Mobilisierungs- und Bündnisstrategien verfolgen. Die moderne Arbeitnehmerschicht verbindet Ansprüche nach mehr demokratischer Teilhabe mit solidarischen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern und selbstbestimmter Lebensführung. Sie sind deutlich geringer autoritär und hierarchieorientiert eingestellt als etwa die kleinbürgerlichen ArbeitnehmerInnen. Nicht nur die Diskurse, sondern auch die Art und Weise, mit der sie sie populär – d.h. erfahrungsbezogen – politisch mobilisiert werden können,

unterscheidet sich demnach von den konservativeren arbeitnehmerischen Milieus.⁹

Stuart Hall erkennt, zum Teil in Bezug auf Laclau, in den Strategien der Anrufung, Verdichtung und Artikulation von rechten Diskursen einen wichtigen Erklärungsansatz für den Aufstieg des Thatcherismus. Er grenzt autoritären Populismus von einer progressiven, populären Demokratie ab. Zudem weist er darauf hin, dass bestimmte Diskurse, wie z.B. des „Law and order“, stärker bei den konservativen Gruppen verankert sind als andere.¹⁰ So repräsentiert beispielsweise die AfD durch fremden- und islamfeindliche sowie antifeministischen Diskurse vor allem das enttäuscht-autoritäre gesellschaftspolitische Lager, welches in den kleinbürgerlichen Arbeitnehmerschichten verortet werden kann, aber bis in das konservative Bürgertum hineinreicht.¹¹ Ihre autoritären Wahrnehmungs-, Denk und Handlungsmuster können nicht einfach progressiv umgedeutet und mobilisiert werden.

In diesem Heftschwerpunkt kommen unterschiedliche Perspektiven auf die Debatte um linken Populismus und linke Repräsentationsfähigkeit zum Ausdruck.

Die Artikel im Einzelnen:

Benjamin Opratko und *Tobias Boos* skizzieren zunächst die Linkspopulismus-Debatte insbesondere der deutschen Linken. Während die Forderung Chantal Mouffes nach einer europaweiten linkspopulistischen Bewegung unklar definiert sei, begriffen einige AutorInnen Linkspopulismus als Hinwendung zu einer Politik der sozialen Demokratie, die sich unter einer aktiven Beteiligung der Massen gegen die autoritäre und technokratische Austeritätspolitik wende. Der Streit in der Lin-

⁹ Zu den Einstellungen der sozialen Milieus siehe z.B. Michael Vester/... 2015 (2011): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a.M.

¹⁰ Stuart Hall (2014): Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften.

¹¹ Siehe Reinhardt 2015.

ken über Linkspopulismus habe zum Teil einen produktiven Charakter und setzt sich vor allem mit Typologien des Linkspopulismus, Institutionen oder politischer Sprache und Kommunikation auseinander. Andererseits nähmen diese nicht selten eine Defizitperspektive ein. Unter der ahistorischen Interpretationsfolie westlicher repräsentativ-liberaler Demokratien erscheine Linkspopulismus als deviante, letztlich demokratiefeindliche Politikform. Ein falsches Verständnis der Theorie Laclaus könne jedoch dazu führen, ein linkes Projekt nur als Konstruktion von äquivalenten antagonistischen Diskursen zu verstehen. So werde die Führungsgruppe von Podemos kritisiert, weil sie sich einseitig auf die Kommunikationsstrategie konzentriert habe. Die Autoren kritisieren, dass die Rolle von Affekten und Emotionen, die vor allem der Rechtspopulismus strategisch in der Debatte um Sicherheit nutze, unterschätzt werde. Der Versuch, Behauptungen der Rechten rational zu widerlegen, reiche nicht aus. Statt jedoch rechte Deutungsmuster zu übernehmen, müsste die Frage der Sicherheit anders verknüpft werden. Es gelte, die Ängste über einen (vermeintlichen) Abstieg, der mir Gefühlen des Kontrollverlusts und der Entfremdung von ehemals sinnstiftenden Institutionen und Autoritäten verknüpft seien, in einen Antagonismus der Freiheit zu überführen.

Die Widersprüche im populistischen Denken arbeitet *Albrecht von Lucke* heraus. Der Fokus auf Affekt und Konfrontation erlaube zwar die notwendige Zurschaustellung politischer Alternativen. Hinter der demonstrativen politischen Gegnerschaft – Volk gegen Elite, Eurokraten gegen geknechtete Völker – lauere jedoch ein pathologischer Antipluralismus. Deshalb sei der Populismus seinem Wesen nach rechts, definiert durch seinen antiliberalen, antibürgerlichen und letzten Endes nationalistischen Charakter. Der Versuch, Carl Schmitts Freund-Feind-Denken von links ins Emanzipatorische zu überführen, sei zum Scheitern verurteilt.

Daniel Keil untersucht die Zusammenhänge zwischen der aktuellen Krisenkonstellation und dem Erstarken neurechter/völkischer Bewegungen. Die EU könne auch aufgrund ihrer neoliberalen Konstitution, wie z.B. dem Fiskalpakt und der Wettbewerbsorientierung, die ökonomische Krise nicht mehr regulieren. Ihre politischen Institutionen und Akteure seien deshalb selbst in eine Legitimationskrise geraten. In der Migrationspolitik, die vorwiegend als Frage der Sicherheit verhandelt werde, manifestierten sich besonders deutlich die Konflikte um unterschiedliche Vorstellungen der EU und ihre Werte, um nationalstaatliche Interessen oder Identität. Keil stellt eine Verschiebung vom Rassismus zu einem ausgrenzenden Kulturalismus fest. Der Rechten sei es gelungen, die Debatte um Flüchtlinge in Richtung einer autoritären Identitätslogik zu strukturieren. Eine linke Gegenstrategie dürfe sich jedoch nicht auf die Identitätslogik einlassen, sondern müsse die grenzübergreifenden Interessen der subalternen Schichten solidarisch bearbeiten.

Benjamin Mikfeld nimmt die Sozialstruktur der Gesellschaft in den Blick. Die heutige „ökonomische und soziale Wirklichkeit“ unterscheide sich wesentlich von der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts und auch des Fordismus des 20. Jahrhunderts. Daher sei, so Mikfeld in einer Replik auf Horst Heimann, auch der alte Wohlfahrtsstaat nicht die Lösung für ein solidarisches Projekt. Mit Bezug auf Hartmut Rosa konstatiert Mikfeld, dass es der SPD nicht mehr gelinge, „Resonanz“ zu den sozial und kulturell auseinanderdriftenden Teilen der Gesellschaft herzustellen“. Es komme darauf an, „konkurrierende politische Diskurse zu dekonstruieren und eigene entgegenzusetzen“, um die Hegemonie zu erlangen. Grundlagen dafür seien eine Kritik am Kapitalismus und seine Einhegung, ein gelungenes „Sowohl als auch“ im Sinne Brandts z.B. bei der Verpflichtung der Sparsamkeit durch die Einführung eines „Gegengeschäfts“ zur Finanzierung fehlender Investitionen, ein Ge-

nerationenprojekt wie ein „neues ‚Solidarprojekt‘“ für die „Arbeitnehmermitte und aufstrebende soziale Gruppen“ und eine geeignete Sprache, die Haltung ausdrückt. Die spw kann hierzu, so Mikfeld, „als der letzte in der Sozialdemokratie verbliebene Kreis“ auch unter Rückgriff auf fruchtbare Theorieansätze der letzten Jahrzehnte „einen wichtigen Beitrag leisten“ und zwar „im produktiven Dialog“ mit anderen Strömungen. Ein Strang dieses Dialogs könnten neue Formen der Wertaneignung („Rent Seeking“) und damit auch die Frage des Schutzes öffentlicher Güter (Patente, Steuern etc.) sein.

Timo Grunden bezweifelt, dass die SPD von einer (links)populistischen Wende profitieren könnte. Statt sich in paternalistischen Mutmaßungen über Einstellungen und Affekte der „kleinen Leute“ zu ergehen, sollte die SPD eine erfahrbare Politik konkreter Verbesserungen für die demokratischen Milieus gestalten, die auf Fortschrittsoptimismus und Selbstbestimmung in Solidarität beruht. Die Mittelschichten, Produkt und sozialer Träger der zum Institutionengefüge geronnenen Idee der Wohlfahrtsstaatlichkeit, seien die gesellschaftliche Basis einer starken SPD.

Samir Amin sieht die Gefahr in „den angeblich >antipolitischen< populistischen Ideologien“ in dem eingeflüßten Glauben an rückwärtsgewandte „Illusionen“. Die Möglichkeiten der Selbstbestimmung der Völker in „Solidarität und Gleichheit“ werden aufgegeben oder bleiben ungenutzt – trotz der kulturellen und ökonomischen Höherentwicklung und dem modernen Glauben an die Selbstbestimmung in der kurzen kapitalistischen Phase der Menschheitsgeschichte. Im von den Monopolen bestimmten Kapitalismus nehmen soziale Ungleichheit und Krisenhaftigkeit immer weiter zu. Nach der Rezession folgt kein Wiederaufschwung mehr. Die Krise ist systemisch geworden und der Neoliberalismus ist die die Monopole stützende Ideologie der freien Märkte. Wahlen tragen nicht mehr

zur Veränderung des Systems bei, weil rechte und linke Parteien den Ordo-Liberalismus teilen. „Die Demokratie niedriger Intensität“ befördert den Aufstieg autoritärer Politiken. Samir Amin sieht vor allem im „Widerspruch zwischen den Nationen und Völkern der Peripherie und den herrschenden Klassen der imperialistischen Zentren“ den mittlerweile „wichtigsten treibenden Widerspruch der möglichen Veränderung der Welt“. Ein „re-make“ der sozialen Revolutionen des Südens aus dem 20. Jahrhundert könne entworfen werden, da die „Triade“ aus USA, Europa und Japan heute mit ihren Interventionen nicht mehr „lokale Mächte (...) installieren, (...), sondern die betreffenden Gesellschaften“, wie im Irak, Syrien und Kongo, „zerstören“. Eine koordinierte Strategie für „souveräne, nationale, populäre Projekte“ könnte den Worst Case verhindern: „die Etablierung neofaschistischer Systeme in Nord und Süd.“ ■

☞ Matthias Ecke ist Politikwissenschaftler. Er lebt in Dresden und arbeitet als Referent im Sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsministerium.

☞ Dr. Max Reinhardt ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Kaiserslautern.

☞ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.